

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung **des Ausschusses für Familie, Jugend, Senioren und Soziales**
der Stadt Remagen vom 02.07.2020

Einladung: Schreiben vom 18.06.2020

Tagungsort: Foyer der Rheinhalle, Remagen, An der Alten Rheinbrücke

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:25 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Bürgermeister Björn Ingendahl (bis 18:10 Uhr, TOP 5)

Beigeordnete/r

Rainer Doemen
Volker Thehos

stellvertretende Ausschussmitglieder

Ruth Doemen
Beate Reich (bis 17:55 Uhr, TOP 4)

Ausschussmitglieder

Carolin Breuer
Elke Gilles
Sabine Glaser (bis 18:30 Uhr, TOP 7)
Stefani Jürries
Karin Keelan
Andreas Köpping
Claus-Peter Krah
Herta Elisabeth Lauer
Amélie Reinke
Christina Sönksen
Ingo Wessels

Verwaltung

Aileen Buschmann TOP 5
Britta Jelken TOP 5
Maike Kriechel TOP 5

Schriftführer/in

Eva Etten

Entschuldigt fehlen:

Beigeordnete/r

Rita Höppner

Ausschussmitglieder

Dr. Tillmann Frauendorf

Wilfried Humpert

Rolf Plewa

Der Vorsitzende begrüßt die Sitzungsteilnehmer und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Behandelte Tagesordnungspunkte:

- 1 Vorstellung EUTB Remagen
- 2 Vorstellung Gemeindeschwester Plus
- 3 Vorstellung des Projektes "Wohnen für Hilfe"; Antrag Bündnis 90/Die Grünen
- 4 Vorstellung der Projektidee "Öffentliches Wohnzimmer - Bürgertreff Remagen"; Antrag Bündnis 90/Die Grünen
0207/2020
- 5 Sommerferienbetreuung für Schulkinder und andere Unterstützungsmaßnahmen für Familien; Antrag Bündnis 90/Die Grünen
- 6 Sozialarbeit in der Sammelunterkunft in Kripp; Antrag FBL und Bündnis 90/Die Grünen
0208/2020
- 7 Gesellschaftliche Auswirkungen der Corona-Krise in der Stadt Remagen; Antrag Bündnis 90/Die Grünen
- 8 Beratung über eine Spendenaktion "Remagener*innen helfen - eine Initiative des Stadtrates"; Antrag Bündnis 90/Die Grünen
- 9 Projekt "Klasse 2000" im Zusammenhang mit dem Thema häusliche Gewalt; Antrag Bündnis 90/Die Grünen
0209/2020
- 10 Mitteilungen

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Zu Punkt 1 – Vorstellung EUTB Remagen –

Der Vorsitzende begrüßt Frau Reingen und Frau Waldner-Brenner von der EUTB, die anschließend die Beratungsstelle vorstellen (Anlage 1). Ergänzend führen sie aus, dass ca. 400 Personen pro Jahr das Beratungsangebot annehmen. Die Bundesförderung läuft aktuell noch bis 2022. Da das Bundesprogramm inzwischen entfristet wurde, ist eine Weiterführung der Beratungsstelle möglich. Es ist angedacht, weitere Sprechstunden an anderen Orten wie beispielsweise im Mehrgenerationenhaus Bad Neuenahr oder in Adenau anzubieten. Aufgrund der Corona-Pandemie konnte dieses bisher noch nicht umgesetzt werden.

Zu Punkt 2 – Vorstellung Gemeindeschwester Plus –

Der Vorsitzende begrüßt Frau Brenk, die die Aufgaben der Gemeindeschwester Plus in Remagen und Sinzig wahrnimmt und diese im Weiteren vorstellt (Anlage 2). Aktuell handelt es sich um eine Teilzeitstelle (0,75 VZ), die vom Land Rheinland-Pfalz und dem Kreis Ahrweiler zunächst bis Ende 2020 gefördert wird (Erprobungsphase). Auch wenn durch die Pandemie die Startvoraussetzungen erschwer sind, läuft die Nachfrage dennoch inzwischen an. Die Kreisverwaltung schreibt aktuell nach und nach alle Bürger*innen an. Für den Bereich der Kernstadt Sinzig ist dies bereits erfolgt, rund 5 % der Betroffenen haben sich inzwischen bei ihr gemeldet. In beiden Städten sind abwechselnd örtliche Sprechstunden vorgesehen. Diese werden in Remagen im August starten und im Trauzimmer der Stadtverwaltung (Nebengebäude) jeden 2. Dienstag von 10-12 Uhr stattfinden.

Zu Punkt 3 – Vorstellung des Projektes "Wohnen für Hilfe"; Antrag Bündnis 90/Die Grünen –

Der Vorsitzende begrüßt Frau Schneider, die ehrenamtliche Botschafterin des Projektes Wohnen für Hilfe ist, die stellvertretend für die Fachhochschule das Projekt anschließend vorstellt (Anlage 3). Wie dieses Projekt in der Praxis umgesetzt wird, kann auch einem SWR-Beitrag (<https://www.ardmediathek.de/swr/player/Y3JpZDovL3N3ci5kZS9hZXgvczEyMzM5NlU/studierende-wohnen-in-koblenz-kostenlos-bei-senioren-und-helfen-im-alltag>) entnommen werden. Aktuell gibt es in Remagen 2 Partnerschaften. Das Projekt läuft in Koblenz bereits seit 2016 (insgesamt 50 Partnerschaften) und in Remagen wird es seit 2 Jahren angeboten. Auch wenn das Projekt bis 2022 befristet ist, wird davon

ausgegangen, dass die Fachhochschule das Projekt weiter unterstützen wird. Frau Dommershausen, hauptamtliche Projektleiterin, betreut die Partnerschaften vor und auch während der Mietzeit und hilft auch bei evtl. Problemen oder Konflikten. Auch ein Probewohnen wird vor Abschluss einer Partnerschaft angeboten. Auch wenn die Resonanz der Studenten aktuell aufgrund der Corona-Pandemie (Onlinestudium) etwas geringer ist, ist generell das Angebot von Wohnraum für solche Partnerschaften begrenzt. Es muss daher viel Werbung und Informationsarbeit erfolgen, um gerade Ältere davon zu überzeugen, Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Der Vorsitzende sagt zu, den städtischen Seniorennachmittag im nächsten Jahr zu nutzen, um dieses Projekt den älteren Mitbürgern näher zu bringen.

**Zu Punkt 4 – Vorstellung der Projektidee "Öffentliches Wohnzimmer - Bürgertreff Remagen"; Antrag Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 0207/2020 –**

Der Vorsitzende begrüßt Frau Haase, die das Projekt vorstellt. Sie erläutert, dass die Idee für dieses Projekt in den letzten Jahren im Seniorenbeirat Remagen entstand und in einer Kleingruppe mit Frau Schneider und Frau Sebastian weiter ausgearbeitet wurde. Für die Ehrenamtlichen und auch gerade alleinstehenden Senioren wäre es ein großer Fortschritt, wenn es einen zentralen Ort in Remagen gäbe, wo ein zwangloses Treffen für Einzelne und Gruppen ermöglicht wird. Da auch das Projekt Leben und Älterwerden in Remagen nur befristet gefördert wird und 2022 endgültig ausläuft, wäre eine solche Einrichtung eine wichtige Verstetigung. Wissenschaftliche Studien würden belegen, dass die Wirkung solcher Quartiersprojekte mit einem zentralen Treffpunkt längerfristig bestehen bleiben. Die Örtlichkeit könnte natürlich auch für andere Beratungsstellen oder Gruppierungen genutzt werden. Eine Übernahme der laufenden Kosten im Rahmen des Projektes Leben und Älterwerden in Remagen ist nicht möglich. Der Vorsitzende erläutert, dass die Landesförderung von 5.000 Euro lediglich für eine Erstausrüstung verwendet werden darf. Die Übernahme von Miete und Personalkosten ist dagegen ausgeschlossen.

Frau Jürries macht darauf aufmerksam, dass dieses Projekt sicherlich nicht sofort umgesetzt werden könne, sondern der Antrag alle Beteiligten dazu anregen soll, gemeinsam zu überlegen, wie und wo diese Idee weiter umgesetzt werden kann. Da es ein sehr niederschwelliges Angebot ist und nicht nur für Senioren sein soll, kann dieser Ort für alle gesellschaftlichen Gruppen Remagens ein Begegnungsort werden. Daher sei es auch so wichtig, dass es ein „neutraler Ort“ ist und nicht auf die Einrichtungen der Kirchen oder anderer Träger zurückgegriffen wird. Durch die Nutzung von anderen Gruppen könnten möglicherweise auch Mieteinnahmen generiert werden. Frau Jürries plädiert dafür, zumindest einen geringen Ansatz in den Haushalt 2021 einzustellen.

Frau Doemen regt an, hierfür den Jugendbahnhof zu nutzen. Der barrierefreie Zugang wird nach Fertigstellung der Bahnhofsarbeiten wieder zur Verfügung stehen, allerdings ist keine Behindertentoilette vorhanden und Umbaumöglichkeiten aufgrund der Eigentumsverhältnisse fraglich.

Der Vorsitzende sagt zu, die vorgebrachten Punkte aufzugreifen und auch die Mög-

lichkeiten im Jugendbahnhof genauer zu prüfen. Ggfs. wird ein Haushaltsansatz für 2021 eingestellt.

Zu Punkt 5 – Sommerferienbetreuung für Schulkinder und andere Unterstützungsmaßnahmen für Familien; Antrag Bündnis 90/Die Grünen –

Der Vorsitzende begrüßt Frau Jelken, Frau Buschmann und Frau Kriechel, die gemeinsam das diesjährige Ferienprogramm vorstellen (Anlage 4). Die erstmalig durchgeführte E-Mail Anmeldung und Onlineüberweisung hat sehr gut funktioniert, so dass diese auch zukünftig angewendet wird. Die geringeren Anmeldezahlen sind wahrscheinlich auch auf die Corona-Pandemie und mögliche Ansteckungsgefahr zurückzuführen. Daher konnten auch Kinder aus Sinzig angenommen werden, zumal dort in den ersten 3 Ferienwochen keine Ferienbetreuung angeboten wird. Eine kurzfristige Anmeldung von weiteren Kindern sei aus organisatorischen Gründen leider nicht möglich. Über das Kreisportal können aber Restplätze bei anderen Anbietern eingesehen und kurzfristig noch in Anspruch genommen werden.

Frau Kriechel erläutert auf Nachfrage, dass die letzten beiden Ferienwochen dazu genutzt werden sollen, Möglichkeiten für die Wiederaufnahme der Stadtteilarbeit zu erarbeiten. Angedacht ist hier z.B. eine Kinoreise oder Waldangebote.

Der Vorsitzende berichtet, dass der Jugendbahnhof auch während der Schließung immer versucht hat, den Familien ein gewisses Angebot aufrechtzuerhalten, z.B. in Form von Boxen. Des Weiteren wurden durch die Kolleginnen auch die Einrichtung der Tafeln unterstützt.

**Zu Punkt 6 – Sozialarbeit in der Sammelunterkunft in Kripp; Antrag FBL und Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 0208/2020 –**

Frau Jürries erläutert kurz den Antrag, dessen Idee im Ortsbeirat Kripp in Zusammenarbeit mit der Ökumenischen Flüchtlingshilfe entstanden ist. Gerade in der momentanen Situation würde eine Sozialarbeiterstelle sehr hilfreich sein, um verstärkt vor Ort als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen und mögliche Konflikte frühzeitig zu lösen.

Auf Nachfrage von Herrn Krah erläutert der Vorsitzende, dass letztlich der Antrag in einem Haushaltsansatz für 2021 münden müsse, der vom Haupt- und Finanzausschuss bzw. Stadtrat abschließend entschieden wird.

Frau Jürries führt aus, dass viele Konflikte auf die Sprachbarrieren und Kommunikationsprobleme zurückzuführen sind, eine detaillierte Darstellung aller Konflikte natürlich nicht öffentlich erfolgen soll.

Der Vorsitzende berichtet, dass dieser Tagesordnungspunkt aufgrund der datenschutzrechtlichen Probleme auch noch einmal in der nichtöffentlichen Sitzung aufgeführt wird, um hier weitere Informationen zur örtlichen Situation geben zu können.

Hinsichtlich der Einrichtung einer Sozialarbeiterstelle führt er aus, dass diese nicht zu einer Pflichtaufgabe der Kommune gehört und diese Arbeit überwiegend durch Eh-

renamtliche u.a. der Ökumenischen Flüchtlingshilfe übernommen wird. Des Weiteren gebe es aktuell keine Gemeinde im Kreis Ahrweiler, die eine solche Stelle eingerichtet hat. Er sagt zu, diese Fragestellung zunächst in der Bürgermeisterdienstbesprechung zu thematisieren.

Zu Punkt 7 – Gesellschaftliche Auswirkungen der Corona-Krise in der Stadt Remagen; Antrag Bündnis 90/Die Grünen –

Frau Jürries erläutert kurz den Antrag und bittet darum, einen Überblick über die Gesamtsituation und der coronabedingten Mehraufgaben der Kommune zu erhalten. Der Vorsitzende erläutert, dass eine Arbeitslosenstatistik für Remagen nicht vorliegt sondern lediglich für den Bereich des Kreises Ahrweiler (Anlage 5). Der Stadt liegen zwar Informationen Remagener Firmen über Kurzarbeitsphasen vor, die aktuell auch rückläufig sind. Diese lassen aber keinen Rückschluss auf Remagener Arbeitnehmer*innen zu.

Hinsichtlich der Kindertageseinrichtungen und Schulen haben gerade zu Beginn der Pandemie viele Telefonkonferenzen mit den Leitungen stattgefunden. Mit viel Engagement und Flexibilität der Mitarbeiter*innen wurde stets versucht, die von den Familien rückgemeldeten Bedarfe abzudecken und gleichzeitig unnötige Infektionsketten zu vermeiden. Ein Normalzustand ist nach wie vor nicht erreicht. Die sommerlichen Schließzeiten wurden aufgehoben. Die Anmeldezahlen zeigen, dass gerade in der Kernstadt ein höherer Betreuungsbedarf vorliegt, so dass beide Kindertageseinrichtungen in den Ferien geöffnet sind. Die Zahlen in Kripp sind sehr gering, so dass der Bedarf durch die Remagener Einrichtungen mit abgedeckt wird. Der Kindergarten Unkelbach wird auch die Oedinger Kinder aufnehmen, da auch dort der Bedarf sehr gering ist (unter 5 Kindern). Insgesamt werden in der Kernstadt 70 Kinder betreut und in Unkelbach bis zu 20 Kinder.

Die von der Landesregierung kurzfristig eingeführte Sommerschule ist dagegen kein Betreuungsangebot, sondern dient der Vermittlung von Lernstoff für förderbedürftige Kinder.

Frau Etten führt aus, dass sich die Zahlen der Sozialhilfeempfänger bisher nicht wie befürchtet stark angestiegen sind. Zwar wurden zu Beginn der Pandemie rund 10 Neuanträge aufgrund von weggefallenen Minijobs eingereicht. Hiervon wurden bisher erst 3 positiv bewilligt. Bezogen auf über 100 laufende Hilfeempfänger ist der Anstieg daher sehr gering.

Aktuelle Abrechnungen seitens des Jobcenters hinsichtlich der städtischen Beteiligung am Arbeitslosengeld II für den Zeitraum ab März liegen noch nicht vor. Diesbezüglich gibt es aber auch Pläne, zur Entlastung der Kommunen die Bundesbeteiligung zu erhöhen, so dass aktuell von keiner höheren Belastung des städtischen Haushaltes in diesem Jahr ausgegangen wird.

Hinsichtlich der Auslastung des Ordnungsamtes aufgrund der Corona-Pandemie ist diese nach wie vor recht hoch (ca. 70 %). Aufgrund der immer wieder neuen und kurzfristig eingeführten Regelungen ist der Informationsbedarf insbesondere bei den Gewerbetreibenden und Gastronomen aber auch bei den Bürgern nach wie vor sehr hoch.

Der Vorsitzende ergänzt, dass der Bereich der Nachbarschaftshilfe über die Ortsvorsteher größtenteils eigenständig organisiert wurde, so dass dort wenig Handlungsbedarf für die Verwaltung bestand. Allerdings war die Nachfrage sehr gering, was auch auf die gut funktionierenden Nachbarschaftsstrukturen in Remagen zurückzuführen ist. Der sehr große Bedarf an Stoffmasken für Verwaltung, Feuerwehr, Altenheime und auch für das Krankenhaus konnte dankenswerterweise durch die zahlreichen Näherinnen gedeckt werden, wobei die Verwaltung die Organisation des Materials und die Koordinierung der Verteilung übernommen hat.

Zu Punkt 8 – Beratung über eine Spendenaktion "Remagener*innen helfen - eine Initiative des Stadtrates"; Antrag Bündnis 90/Die Grünen –

Frau Keelan erläutert, dass aufgrund der Corona-Pandemie viele Menschen in finanzielle Not geraten sind, die aber keine staatlichen Zuschüsse oder Hilfen in Anspruch nehmen können. Gleichzeitig gibt es eine große Spendenbereitschaft in der Gesellschaft. Die Idee ist daher, z.B. die Bürgerstiftung als Anlaufpunkt für Spenden und Betroffene zu nutzen, ggfs. könne auch ein städtisches Spendenkonto hierfür eingerichtet werden.

Der Vorsitzende erläutert, dass bei der Bürgerstiftung bisher nicht mehr Anträge als normalerweise eingegangen sind. Eine explizite Werbeaktion zu Beginn der Pandemie war vom Vorstand nicht gewünscht.

In der weiteren Diskussion wird deutlich, dass grundsätzlich ein Spendenaufruf des Stadtrates befürwortet wird, dagegen eine möglichst niedrigschwellige Verteilung der Spendengelder und die Institution, die hierüber entscheiden soll, als schwierig und diffizil angesehen wird. Um diese Schwierigkeiten zu lösen wird eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet. Als Mitglieder werden Frau Reinke, Frau Keelan, Herr Wessels und Herr Plück bestimmt. (Anm. der Verwaltung: Auf Nachfrage bei der SPD-Fraktion wird kein Mitglied entsandt.)

Die Arbeitsgruppe soll sich eigenständig treffen und ein mögliches Konzept für eine Spendenaktion bis nach den Sommerferien erarbeiten und anschließend der Verwaltung zukommen lassen.

Zu Punkt 9 – Projekt "Klasse 2000" im Zusammenhang mit dem Thema häusliche Gewalt; Antrag Bündnis 90/Die Grünen Vorlage: 0209/2020 –

Frau Gilles und Frau Buschbaum stellen das Projekt vor, das in der Remagener Grundschule seit 18 Jahren etabliert ist. Dieses Suchtpräventionsprogramm beginnt in der 1. Grundschulklasse und bringt den Kindern schrittweise die Themen Gesundheit, Ernährung, Selbstwahrnehmung, Bewegung, Sucht und Gewalt näher. Deutschlandweit wurden bisher 1 Mio. Kinder in diesem Programm geschult. Für Lehrer ist es in den letzten Jahren häufig schwierig, neben dem Unterrichtsstoff auch noch das Programm zeitlich unterzukriegen. 10 Stunden pro Jahr sind vorgesehen, können

aber in den regulären Unterricht integriert werden. 2 Stunden im Schuljahr werden mit externer Begleitung durchgeführt.

Pro Klasse kostet das Programm 220 Euro, wofür jedes Jahr neue Sponsoren gesucht werden, sofern nicht Eltern oder die Krankenkasse diese Kosten übernehmen. Hierbei wäre Hilfe seitens der Politik wünschenswert.

Dieses Programm sensibilisiert die Kinder auch zum Thema häusliche Gewalt. Aktuell wird jede 4. Frau in Deutschland Opfer von häuslicher Gewalt, 2019 gab es 9.523 Vergewaltigungsoffer und 15.701 sexuell missbrauchte Kinder wurden polizeilich erfasst. Eine Fortführung des Programms bzw. Ausweitung auf alle Grundschulen sei daher weiterhin erforderlich.

Der Vorsitzende erläutert, dass aktuell die Grundschulen Remagen und Kripp an dem Programm teilnehmen und schlägt vor, dieses Thema auf die nächste Sitzung des Schulträgersausschusses zu setzen und dort das Programm erneut vorzustellen.

Zu Punkt 10 – Mitteilungen –

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Zu Punkt 11 – Anfragen –

Frau Reinke schlägt vor, dass bei der nächsten Sitzung eine Vorstellung der Schatzkammer Oberwinter erfolgt. Dies wird vom Vorsitzenden zugesagt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 19:25 Uhr.

Remagen, den 29.07.2020

Der Vorsitzende

Björn Ingendahl
Bürgermeister

Schriftführer/in

Eva Etten